

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei monatlicher
Zahlung 2,50 M., durch die Post
2,25 M., ausd. Aufstellungsgeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Bezugspreisverzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterlagen eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Korrekturen nur mit Cautelanzeige:
„Saale-Ztg.“ gefaltet.
Verleger der Redaktion Nr. 1140;
des Geschäftsstelle Nr. 1133 a
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichs-
straße 63, I.; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile über deren
Raum mit 30 Pfg. solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Kommunen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pfg.
Erachtet mündlich proforma;
Sonntags und Montags einmal,
sonst proforma täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17;
Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichs-
straße 63, I.; Telephon Nr. 590 u. 591.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

Nr. 61.

Halle a. S., Donnerstag, den 6. Februar

1908.

Der österreichisch-ungarische Handelsvertrag.

Nachdem der österreichisch-ungarische Handelsvertrag mit dem 1. März 1906 sein Ende erreicht hatte und eine neue Vereinbarung nicht an seine Stelle getreten war, haben sich nun nach erfolglosem Hin und Her, nach langwierigen, bald abgebrochenen, bald wieder aufgenommenen Verhandlungen die beiderseitigen Delegierten soweit geeinigt, daß an dem zu Handelsummessen eines neuen Tarifvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und seiner kleinen Nachbarmonarchie nicht mehr zu zweifeln ist. Diese Tatsache ist auch für die deutsche Handelswelt von erheblicher Bedeutung. Unsere Ausfuhr nach Serbien hat zwar im Jahre 1906 — für 1907 liegen noch Zahlen noch nicht vor — nur einen Wert von 8 Mill. Mark erreicht, sie ist aber sehr feigerungsfähig, sobald Sicherheit gegen plötzliche Zollrückgehungen, wie sie in kleineren finanziell unglücklich gestellten Staaten üblich sind, besteht. Der deutsch-serbische Aufnahmevertrag vom 29. November 1904 zu dem älteren Vertrag vom 9. August 1802 gewährt aber diese Sicherheit nur in geringem Maße, weil man bei seinem Abschluß davon ausging, daß auch nach dem 1. März 1906 ein österreichisch-serbischer Vertrag mit weitgehender Bindung Serbiens vorhanden sein und vermöge der Meißbegünstigungsklausel die Ergänzung zu den deutschserbischen getroffenen Abmachungen bilden würde. Es hätte ja nahe gelegen, die durch den Wegfall dieser Voraussetzung entstehende Lücke durch einen zwischen dem Deutschen Reich und Serbien abzuschließenden Nachtragsvertrag auszufüllen, der von letzterem Staate mehrmals angeregt worden zu sein scheint. Die Reichsregierung hielt aber wohl die deutsch-serbischen Handelsbeziehungen nicht für so bedeutend, daß sich ein solches Unternehmen, in dem Oesterreich-Ungarn unter den übwalenden Umständen auch noch eine kleine Unfreundlichkeit hätte erwidern können, gelohnt hätte.

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien sind aber noch aus einem anderen Grunde nicht uninteressant: nämlich, wie bei uns, waren es namentlich agrarische Forderungen, die das Zustandekommen des Handelsvertrages erschwert. Die serbische Landwirtschaft hat sich allmählich immer mehr der Viehzucht zugewandt und in Ungarn und Oesterreich ein gute Preise zahlendes Absatzgebiet gefunden. Die Frage der Ferkhaltung oder wenigstens Einschränkung dieser Vieheinfuhr, auf der die österreichisch-ungarische Regierung beharren mußte, wenn sie nicht die Agrarier zu unerträglichen Gegnern des Vertrages machen wollte, war die Haupt Schwierigkeit, an der schon die Verhandlungen vor dem 1. März 1906 gescheitert waren. Serbien verliert nun allerdings in dem neuen Abkommen die Eins- und Durchfuhr lebenden Viehs, die Oesterreich-Ungarn aus Gründen des Seuchengefahres — tout comme chez nous! — nicht dulden kann, es erhält ein erheblich reduziertes Kontingent an geschlachtetem Fleisch, obwohl von ihm doch keine Seuchengefahr mehr droht, und muß auch fernerhin die früher innegehabten Grenzbeschränkungen im Getreide- und Viehpferdeverkehr entgegen. Dafür hat Oesterreich-Ungarn bezüglich seiner Ausfuhr bei weitem nicht die Zollsätze erlangen können, die vor dem 1. März 1906 galten; und auch unsere Industrie muß auf sie daher bei der Ausfuhr nach Serbien erduldet verzichten.

Die im autonomen serbischen Tarif enthaltenen Zollsätze tragen bei den Artikeln, in denen Serbien eine selbständige Industrie zu züchten gedenkt, Hochschutzzoll Charakter, in weit größerem Maße aber den von Zinnanzoll. Oesterreich-Ungarn hat nun zunächst eine andere Berechnung jener Spezialsteuer, die von bestimmten Waren erhoben wird, zugestehen müssen, woraus Serbien etwa 9 Mill. Kr. Mehreinnahme zu erzielen hofft, und im übrigen die alten Zollsätze fast durchweg, wie erwähnt, nicht wieder erlangt: Wollewaren tragen jetzt 125—200 gegen früher 70—150, Rohleder 20 (5), Raffinade 30 (8), Zement 2½ (1 bzw. 2½), Bier 10 (3), Stabellen 2 (1) Dinars usw., nur Rohweizen wird in Zukunft zollfrei gehen, während es bisher einem Zolle unterlag; bei Baumwollwaren, Metallwaren, Schußwaren usw. sind wenigstens Säbe erlangt worden, die unter denen des deutsch-serbischen Tarifes liegen.

Die parlamentarische Behandlung des Vertrages wird wohl in beiden Ländern nicht ohne Schwierigkeiten sein: den österreichischen Agrariern wird die Befreiung der Vieh- und Fleischzufuhr nicht genügen, den Industriellen der für das Entgegenkommen bezüglich der Vieheinfuhr gebotene Preis nicht gefallen; in Serbien wird man die Befreiung der Vieh- und Fleischzufuhr als viel zu weitgehend empfinden. Dementsprechend entstehen keine ernstlichen Komplicationen mehr, damit auch der deutsche Handel recht bald zum Nutzen der Oesterreich-Ungarn eingeräumten Zollherabsetzungen gelangt.

Deutsches Reich.

Sold und Personalnachrichten.

— Die Nacht „Sobenzollern“ hat, wie verlautet, Befehl erhalten, sich bereit zu halten, den Kaiser am 6. März in Wilhelmsruh zur Fahrt nach Kurland an Bord zu nehmen. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise werden den Kaiser begleiten. Die Kaiserin hat heute gestern der Fürstin zu Wied einen Besuch ab.

„Mehr Anacht ihr hohen Herren!“

Unter dieser Spitzmarke liest der Führer der baltischen Zentrumsparlei, Geistl. Rat Wader, den Botenführern und dem diplomatischen Korps, den Mitgliedern des hohen Adels, dem Reichskanzler, den stimmungsführenden Benennungsträgern zum Bundesrat, der Generalität und Admiralität, den Rittern des Schwärzen Adelsordens, den Staatsministern und Staatssekretären, den Präsidenten der drei Parlamente, den wirklichen Ges. Räten, den Räten 1. Klasse, der Geistlichkeit, den Deputationen der Leibregimenter und den Regimentskommandeuren der Garde“ gehörig den Text. Sie alle sollen nämlich, als sie sich zur Kaiser-Geburtsstagsfeier in der Schloßkapelle zu Berlin versammeln, „plaudernde Gruppen“ gebildet haben, bis sehr energisches Klopfen des Vize-Oberzeremonienmeisters die Herren zu ihren Plätzen gehen ließ. — Rat Wader liest der Meinung, daß der Reichstanzler und die anderen Leute besser so anders ihre Unterhaltung hätten führen sollen; die Schloßkapelle fordere Anstand. Am Rufe machte das einen sehr schlechten Eindruck. — Welche seltsamen Ritten der Hof des Zentrums gegen den Fürsten Bülow treibt.

Stengels Rücktritt.

Der Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Stengel hat am Dienstag seine Entlassung eingereicht und gleichzeitig dem „Leipz. T.“ zufolge am 11. u. 12. von gestern (Mittwoch) ab bis zur Genehmigung des Gesuches gebeten.

Die Polenvorlage.

Die „Deutsche Tageszeitung“ demontiert auf das entschiedenste das Gerücht von der Zurückziehung der Polenvorlage.

Einigung über die Zunderkonvention.

Zwischen dem Reichsfinanzsekretär und Mitgliedern aller größeren Parteien des Reichstages fanden Besprechungen statt, durch die in der Frage der Zunderkonvention folgende Einigung erzielt wurde: Die Parteien nehmen die Regierungsverordnung ohne Zusatz an, dagegen wird gleichzeitig ein Gesuchentwurf betreffend Ermäßigung der Zundersteuer von 14 auf 10 Mark eingebracht. Diese Ermäßigung soll eintreten, sobald durch andere Steuererleichterungen für das Reich geschaffen sind. Nach Änderungen des Reichsfinanzsekretärs werden diese Abmachungen auch die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden.

Die Schiedsgerichtung.

Die Kommission des Reichstages für das Schiedsgericht begann gestern ihre Beratung. Bei § 2 (nahehin Schiedsfähigkeit) wurde festgestellt, daß auch Epistolen Schiedsfähigkeit besitzen. § 11, der eine Umlaufzeit des Schieds von zehn Tagen festsetzt, wird angenommen. Das Gesetz soll am 1. April 1908 in Kraft treten. Damit ist der Entwurf fast unverändert genehmigt.

Die Mitglieder der Vorkriegsreformkommission.

des Reichstages besuchten gestern die Börse, nahmen unter Führung von Mitgliedern der Börse von den Einrichtungen Kenntnis, wohnten einer Sitzung der Sachverständigenkommission bei und beobachteten in den einzelnen Wallfahrtsorten die Kursfeststellung.

Schweder und Herzog gegen „Kölnische Zeitung“.

Die „Deutsche Journalpost“ (S. & H.) verleiht folgenden Schreiben: „Im Kölner Petersprozeß meldeten wir während einer Pause in den Verhandlungen, die durch die Teilnahme des Herrn Justizrat Sello am Puttamerprozeß in Leipzig notwendig geworden war, daß der Petersprozeß voraussichtlich mit einem Vergleich enden werde, da nach uns gewordenen Mitteilungen die „Kölnische Zeitung“ mit Peters Vergleichsverhandlungen pflege. Die „Kölnische Zeitung“ hat damals unsere Meldung als „Mißverständnis“ bezeichnet und ihre Richtigkeit in Abrede gestellt. Wir haben uns daraufhin alsbald an Herrn Justizrat Sello gewandt, der den beim Puttamerprozeß verhandelnden Journalisten ein Telegramm an des Dr. Peters vorgelegt hatte, aus dem die Tatsache der Anbahnung von Vergleichsverhandlungen seitens der „Kölnischen Zeitung“ hervorging und um Überlassung dieses Telegramms gebeten. Dieses Telegramm ist uns infolge einer längeren Reise des Herrn Justizrat Sello erst jetzt zugegangen und wir beilegen uns, seinen Inhalt nachstehend im Wortlaut wiederzugeben: „Justizrat Sello-Leipzig Fall Puttamer Disziplinproh. Stuttgart, 13. 1. 21. Nach heutiger Verhandlung hat auf Veranlassung Kuhls (des Vorliegenden im Kölner Petersprozeß, S. & H.) Gegenanwalt mit Kolenthal Vergleichsverhandlungen begonnen auf einsehend möglicher Basis. Will solche morgen vorliegen, besteht auf Einigung vor Schlussverhandlung. Wenn Sie einverstanden, lesen wir morgen Verhandlungen fort, bracht Hotel du Nord. Westen Groß Peter.“ Wenn S. & H. hinzusetzen, aus dem Inhalt dieses Telegramms erhelle, daß ihre von der „Kölnischen Zeitung“ bestrittene Meldung durchaus zutreffend gewesen sei, so trifft das, wie das Leipziger Blatt meint, nicht ganz zu. Es spricht wohl ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit für die Annahme der „Journalpost“. Festhalten scheint bisher aber nur, daß Herr Sello das vorliegende Telegramm mit der Vergleichserwähnung erhalten hat.

Ein authentisches Kaiserwort.

Die früher so eifrig kopierte Nachricht, Fürst Bülow sei durch die Auflösung des Reichstages und in Unsicherheit über die künftige Gestaltung der Parteiverhältnisse außer-

nervös geworden, erlebte sich jetzt der „Magdeb. Ztg.“ zufolge durch ein authentisches Kaiserwort. Der Kaiser, der bekanntlich an jenem kritischen Tage nicht in Berlin anwesend war, besuchte bald nach seiner Rückkehr den Kanzler und äußerte nachher zu einem Herrn seiner Umgebung, als er von seinem Besuch beim Fürsten Bülow sprach: „Tun hat er den ganzen Reichstag nach Hause gelockt und ist vollkommen ruhig und gelassen!“

Das preussische Landes-Oekonomik-Kollegium.

begann gestern in Berlin seine Beratungen. Nach Wiederwahl der beiden bisherigen Vorsitzenden Graf Schwerin-Gmünd und Freiherrn von Danneberg sowie der höchsten Mitglieder der Ausschüsse bestellte Generalsekretär von Altrud über die Amtsort der Regierung auf bestehende Anträge des Kollegiums. Freiherr von Wangenheim referierte über das vom Landwirtschaftsministerium eingeholte Gutachten über Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen sozialen und rechtlichen Lage der Güterbesitzer. Der Referent empfahl die Privatversicherung dieser Beamten durch die Landwirtschaftskammer mit Staatsubvention. Nach kurzen Diskussionen wurde eine Resolution angenommen, worin eine Alters- und Hinterbliebenenerziehung, die gänzliche Loslösung der nicht selbständigen Güterbesitzer aus der Gefährdung und die Errichtung eines Arbeitsnachweises unter Aufsicht einer Landwirtschaftskammer oder landwirtschaftlichen Behörde gefordert wird.

Eine Konferenz der Vorstände der Preussischen Landwirtschaftskammern tagte am Dienstag im Provinzial-Landeshaus zu Berlin.

Zur Kritik im Flottenverein.

Der bayerische Landesverband des Deutschen Flottenvereins fordert seine Ortsgruppen in einer Rundschreibung auf, treu am Flottenverein festzuhalten. Das Rundschreiben rechtfertigt die bereits gemeldete Vertagung der auf den 2. d. M. angelegten Delegiertenversammlung. Es betonte nach dem endgültigen Rücktritt des Präsidiums kein Anlaß mehr, über den Fortbestand des bayerischen Landesverbandes zu beraten, und es sei weiterhin nicht ratam, über den Verlauf der Kasselei Tagung in eine Besprechung einzutreten, die im Interesse des angelebten Friedens zurzeit vermieden werden müsse. Die Antikündigung ihres Austritts aus dem Verein sei leitens der Bayern in Kassel nicht beschlisslich gewesen. Der Verein begrüße die von der preussischen Gesamtversammlung ausgesandene Parole der Friedensmission und gebe sich der Zuversicht hin, daß in Danzig ein Präsidium gewählt werde, das dem Verein in Kampf und Streit einer geistlichen Entwicklung zuführe.

Arbeiter-Ausschüsse bei der Reichspost.

Staatssekretär Kräfte hat gestern eine Verordnung erlassen, durch welche die Dienstverhältnisse seiner ca. 11 000 Telegraphenarbeiter, die schon seit Jahren um Reformen bitten und kürzlich dem Reichstage eine Denkschrift übergeben haben, geregelt werden sollen. Das Wesentlichste der Denkschrift besteht in der Einrichtung von Arbeiterausschüssen für die Telegraphenarbeiter, durch welche die Vermaltung künftig über die Interessen und Wünsche der Arbeiter im Wege geordneter Verhandlungen unterrichtet werden soll.

Die Leitung der Ausschüsse soll durch dienstferne und unrichtige Beamte erfolgen. Ausschüsse an solchen Orten einzurichten, wo mindestens 50 Telegraphenarbeiter beschäftigt sind. Jeder Ausschuss besteht aus mindestens fünf höchstens zehn Mitgliedern und ihren Ergänzungsmännern. Wählbar sind alle Telegraphenarbeiter vom 25. Lebensjahre ab, sofern sie drei Jahre im Postdienst stehen. Die Wahl ist geheim. Die Amtsdauer der Ausschussmitglieder beträgt drei Jahre. Durch die Arbeiterausschüsse sind Anträge, Wünsche und Beschwerden der Mitglieder sowie alle die Arbeiterordnung, die Einrichtungen zur Beseitigung von Unfällen und die Wohlfahrt der Arbeiter betreffenden Fragen zur Kenntnis der Behörde zu bringen. Die Neueinrichtung, die am 1. April d. J. in Kraft tritt, bedeutet einen sozialpolitischen Fortschritt, mit dem die Reichspostverwaltung allerdings anderen Zweigen des Staatsdienstes erheblich nachhinkt. Bei der Eisenbahn und auch bei den kaiserlichen Postverwaltungen bestehen solche Arbeiterausschüsse schon seit Jahren.

Allgemeine Mitteilungen.

— Ein Parteitag der Freiwillichen Volkspartei für Berlin wird am Montag, 24. Februar, stattfinden.
— Eine parlamentarische Korrespondenz hat die Meldung verbreitet, der Kaiser wünsche die Zurückziehung der Entgegnungsvorlage. Wie das „S. T.“ hört, ist diese Nachricht absolut unrichtig.

See- und Flotte.

— Der Kommandeur der 16. Division in Trier, Generalleutnant v. Hausmann, hat dem „S. T.“ zufolge, seine Beabsichtigung nachgelassen.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 5. Februar, 1. Uhr.

Die Beratung des

Militärrechts,

Gehaltsstittel Kriegsminister, wird fortgesetzt.
Ag. Vogt-Hall (wirtsch. Bgg.) spricht sich für die Abwenigkeit des Ernte-Urlaubs aus.

Generalmajor von Gelfert betont, er habe vorgefunden dem Abg. Hauesler keineswegs die Sadpferde-Eigenhaft abgeproben. Aber, der Herr Abg. Hauesler sei auf Grund seiner 30jährigen Erfahrungen und auf Grund seiner Ueberzeugung zu einem grundsätzlichen Urteil gekommen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Unsere Militärjustiz bedarf dringend der Reformen. Man muß nicht unendlich werden, wenn man die Kommandeure, der den Tod des Leutnants Diez verurteilt hat, noch jetzt im Amt hat! Der Herr Vertreter des Kriegsministeriums und auch Herr Czibergler liegen gestern durchsichtig, als habe Kollege Schröder, als er über das Militärkabinett sprach, in die Kronrechte eingegriffen. Wir vermaßen uns gegen solchen Vorwurf.

Wir achten die Kommandogewalt des Kaisers innerhalb der verfassungsrechtlichen Befugnisse. Aber die Ansichten, die General von Armin geltend auszusprechen, sind mindestens zweifelhaft. Der Erlaß von 1861 spricht gar nicht von dem Militärkabinett. Dieses war früher dem Kriegsministerium untergeordnet. Erst 1883 hat das aufgehört. Am allermeisten muß der Ton, den geltend der Vertreter des Kriegsministeriums anlässlich gegenüber dem Kollegen Schröder, am richtigen Witzel (Sehr wohl!) Wenn alle Mitglieder vom Militärkabinett rekrutiert, alle Personen, die Stabsbesorger, die Bezirks-, Ehrengerichtsräte, die kassipolizeische Personals-Wirtschaft usw. — was, m. H., bleibt denn dann noch für den Kriegsmilitär übrig? (Sehr richtig!) Der Kriegsminister ist dann nur noch der parlamentarische Präses!

(Sehr richtig!) Er ist in seinem Auftreten im Parlament dann vollständig gekürzt. Namentlich ist die, daß das Militärkabinett wieder dem Kriegsministerium unterstellt wird. Denn werden alle diese Militärbehörden nicht mehr eintreten. Das Militärkabinett ist Gegner jeder modernen großartigen Reform auf dem Gebiete des Militärstrafrechts. Redner beleuchtet im Anschluß hieran die Ueberpannung der Disziplin, die Mängel des Wehrrechts, das nicht so funktioniere, wie es funktionieren müsse. Die Trübs, die man gegen die Presse anzuwenden, wie sie von Militärgerichtsvorhandlungen fernzuhalten; weiter die fahrlässige Verschleierung der Offiziere, die in kleinen Garnisonen noch gestillt wird. Wir, so schließt er, werden niemals aufhören, diesen Kassenzug zu bekämpfen, so lange, bis auch im deutschen Offizierskorps der Wort Gemeinlich zur Geltung kommt; der Offizier ist zwar Soldat, aber er trägt dabei jederzeit Bürger des Staats. Das Haus aber hilft mir, nehmen Sie unsere Resolution über Reform des Militärstrafrechts möglichst einstimmig an! (Beifall.)

Generalmajor v. Armin: Die Herren haben sich befaßt über meinen erschöpfen Ton gegen Herrn Schröder. Ich habe aber vergebens in dem Stenogramm nach einem scharfen Ausdruck gesucht, den ich gegen Herrn Schröder gebraucht hätte. Wenn ich vielleicht gelegentlich

die Stimme etwas erheben habe, m. H., nun, so poliert das ja wohl auch anderen Rednern. Man hat ferner gesagt, die Quintessenz meiner geistigen Rede sei gewesen, daß ich das Militärkabinett als einen Grundpfeiler der Armee und des Staates bezeichnet hätte. M. H., das ist mir nicht eingefallen. Ich habe die

freie, unbeschränkte Kommandogewalt des Kaisers als einen solchen Grundpfeiler bezeichnet. Wenn alle Verhandlungen, die ein Ausfluß dieser Kommandogewalt des Kaisers sind, unter die Kritik des Parlaments treten, indem sie der Verantwortlichkeit des Kriegsministers unterstellt werden, so läge darin eine Beschränkung der Kommandogewalt des Kaisers. Diese Kommandogewalt des Kaisers besteht aber nicht nur nach meiner, sondern auch nach Ansicht aller Staatsrechtler zu Recht. Und es war nur meine Pflicht, wenn ich gegen eine solche Beschränkung der Rechte des Kaisers Stellung genommen habe. (Beifall)

Abg. Wieland (südb. Sp.) tritt nicht nur für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie, sondern auch für Verabreichung der Dienstzeit bei der Infanterie ein. Unter Hinweis auf die Taten der Württemberger im deutsch-französischen Kriege empfiehlt er, die Dienstzeit wenigstens, wenn auch nicht auf ein Jahr, sondern wenigstens auf die Zeit wie früher in Württemberg herabzusetzen.

Abg. v. Odenburg (konf.) glaubt, die freistelligen Abgemerten könnten sich gegen die Kompetenz des Kriegsministeriums berufen. Dassel sei ja doch u. a. die ganze Militärjustiz unterstellt. Wie man bei den geringen Löhnen des Generals von Armin sich beschweren könne, das sehe er nicht ein. Wenn es sich, wie in diesem Falle, über einen Besonderen des Offizierskorps handle, so müsse der Vertreter des Kriegsministeriums energisch, schneidig, werden. Das sei seine Schamhaftigkeit, und niemand könne es ihm verdenken. Das Verhältnis der Offiziere zu ihrem Allerhöchsten Kriegsherrn, m. H., ist ein rein persönliches; daran darf niemand rühren. Die Hauptaufgabe des Kriegsministers ist, dafür zu sorgen, daß unter seinen Umständen im Offizierskorps eine Aufstellung sich greift, als könne die Presse, die Öffentlichkeit, der Reichstag, irgendwie Einfluß gewinnen auf die Entschlüsse des Allerhöchsten Kriegsherrn in bezug auf einen seiner Offiziere. Ich habe die Ehre, längere Zeit im Hause zu sein.

Ich weiß, daß der Reichstag notwendig ist. (Stürmische Heiterkeit.) Ich betrefte mich, soweit ich es kann, an den Verhandlungen. Als junger Offizier war ich von der Notwendigkeit des Reichstags nicht überzeugt. (Erneute kl. Heiterkeit.) Damals wunderte ich mich, daß 400 Herren hier mit unserem Kaiser und unserem großen Kanzler mitregieren wollten. (Neues Gelächter, das sich wiederholt bei den weiteren Worten.) Meine Ansichten haben sich inzwischen ja allerdings etwas geändert! Dem bayerischen Militär-Bevollmächtigten spreche ich meinen Dank aus als alter Kavallerie-Offizier für seine geistigen Worte gegen das Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit für die Kavallerie. Dabei erhebe ich keineswegs den Anspruch, Sadpferdehändler zu sein. (Heiterkeit.) Weiter wendet sich Redner gegen den Gedanken des Wehres, daß Militärheer, sobald zu der Frage der Wehrverhältnisse, diese hätten in unserem Heere abgenommen. Für den Wehrverhältnisse der Dienstzeit im Zusammenhang mit § 175 des Strafgesetzbuchs sei kein Widerspruch zu stark, seine Strafe zu schwer. Aufhören müßte darauf gehen! Herr Webel und ich haben viele Berührungspunkte, wir helfen beide dem Reichstags für die Schindeln. (Stürmische Heiterkeit.) Wer was in Ihnen (zur äußersten Linken) steht, das hat man sehen können daran, wie Sie sich verhalten haben hier bei der Mitteilung über den Wehr in Lissabon. Auch den

Plackmägen und Tranlampen muß das doch ein Licht darüber gehen, wie es mit Ihnen steht. Ihnen ist mit Schokolade nicht beizukommen! (Zu den Herren des Offizierskorps und der Armee, und untere Liebe zu Offizierskorps und Armee gehen hervor aus demselben Boden. Beide wissen wir, daß wir Ihrem Zukunftsstand, von dem man nicht weiß, ob er ein Aerenhaus oder ein Auchenhaus ist (Heiterkeit), als

Schlagbaum, den Sie nicht überwinden können, die deutsche Armee und das deutsche Offizierskorps steht! Und möge dieser Schlagbaum, Armee und Offizierskorps, nach wie vor stehen auf der Sonnenhöhe ihres alten Rufes! (Stürmische anhaltende Bravo-ruufe rechts.)

Abg. Hauesler (Ztr.) vertritt nochmals kurz seinen Standpunkt hinsichtlich zweijähriger Dienstzeit in der Kavallerie und leitenden Artillerie.

Abg. Hilpert (wirtsch. Vgg.) befürwortet insbesondere die Generalaushebung.

Abg. Koehler (wirtsch. Vgg.) empfiehlt die Resolution über den landwirtschaftlichen Unterricht als kleines Mittel in der Armee, die unter dem Fürsten Erlaß begonnen habe.

Abg. Jabel (Soz.) erhebt unter der Heiterkeit der Linken Herrn v. Odenburg nach Portugal zu gehen, um dort als starker Mann an die Stelle seines jetzt abgegangenen Gefährten Genossen Franco zu treten.

Abg. Dr. Veonhart (fr. Sp.) bebauert die Konkurrenz des Sanitätskorps gegenüber den Privatärzten. Auch würden die Militärärzte durch die Verteilung von Konzessionen an Militärärzte benachteiligt.

Abg. Graf v. Jüntenstein (konf.) tritt für die Schaffung kleiner Garnisonen ein.

Abg. Vind (ntl.) bringt die Klagen der Militäreskorte über den Vortrag und verlangt die Einführung der preussischen Submissionsbestimmungen in die Heeresverwaltung.

Generalmajor v. Wegow legt das Lehre zu. Abg. Jansenmann (dtsch. Sp.) empfiehlt die Resolution über die Befugnisse der Militärverwaltung und des Militärkabinetts konstatieren. Der Reichstag sei doch nicht dazu da, immer die Haken zusammenzuführen, wenn das Wort „Kommando“ gebraucht wird. (Sehr richtig links.) Die ganze Handhabung des Wehrrechts lasse sich zu wünschen übrig. Auf einen Junker im Kriege kämen 1000 Bürger, das sollte sich Herr v. Odenburg merken. Der ganze Ton des Herrn v. Odenburg erhebe die Freude am Volk nicht.

Generalleutnant v. Armin: Auf die Frage nach Ersparnissen in der Militärverwaltung kann ich erklären, daß, wenn wir einmal mit der Bundesbesetzung (Heiterkeit) und mit der Umbewaffnung fertig sind — (die weiteren Worte des Generals gehen in der allgemeinen Heiterkeit und dem Gelächter des Zentrums und der Linken unter). Der Kriegsminister läßt sich von seinen Befugnissen nichts nehmen. (Lachen links.) Wir haben den dringenden Wunsch, Frieden und Eintracht in den Kriegsverhandlungen zu erhalten. Bezüglich des Generalaushebers erklärt der General, daß einschneidende Bestimmungen sich nicht durchzuführen lassen. Die Sanitätsangelegenheiten seien Kassenstellen mehr annehmen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) stellt fest, daß General von Armin nicht angeben könne, welche Materien dem Militärkabinett zugehören und welche der Militärverwaltung.

Die Diskussion schließt. Das Gesetz des Kriegsministers wird dem Reichstag vorgelesen. Der Reichstag beschließt, den Reichstag über die zweijährige Dienstzeit und die anderen, außer den sozialdemokratischen, angenommen. Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

25. Sitzung vom Mittwoch, 5. Februar.

Am Ministertische: Deßbrück, v. Wesen.

Präsident v. Redner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. (Zweiter Tag.)

Die allgemeine Aussprache wird bei den Einnahmen fortgesetzt.

Abg. Dr. Weumer (ntl.) verteidigt das Kohlenprejudiz gegen die Beauptung, als ob es an den hohen Kohlenpreisen Schuld trage.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) erklärt, daß an den ganzen mäßigen Verhältnissen unter verheißt Sozialpolitik schuld sei. Er sei kein gegenwärtiger Feind der Sanidität, wohl aber derjenigen, die sich prozig weigern, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Der Redner befaßt die Bevorzugung der Genossenschaften und verlangt weitere Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter. Er fragt nach dem

Schicksal der Beamtenerlagen.

Abg. Wolff-Billa (fr. Vgg.) bebauert die Kohlenknappheit, erkennt aber das Bestreben des Ministers an, den Verhältnissen gerecht zu werden.

Abg. Dr. Holz (ntl.) weist darauf hin, daß die Löhne schon erhöht wurden, ehe noch an eine Steigerung der Preise eintreten zu denken war. Der Redner behandelt dann die schließlichen Verhältnisse.

Handelsminister Deßbrück erklärt, daß er nichts davon wisse, daß die Beamtenselbstverordnungen bis zum Herbst verabschiedet werden sollen. (Beifall.) Die Rettungsapparate seien ausreißend. Braunkohle seien im Osten gefunden worden. Der Weiden sei aber sehr schwierig und erlaube unrentabel.

Abg. Red (konf.) bittet den Minister, zu erwägen, ob es nicht gut wäre, um dem Brennmaterialmangel in Westpreußen abzuhelfen, Tischungen nach Braunkohle anzustellen.

Minister Deßbrück legt zu, daß an vertriebenen Orten Bohrungen unternommen werden sollen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die allgemeine Beantwortung schließt damit.

Das Knappheitswesen.

Es folgt dann die Beantwortung eines Antrags Bruck (Ztr.), der Erhebungen darüber fordert, wie sich nach Durchführung der Knappheitsnovelle die Beiträge und Leistungen in den Krantens- und Genossenschaften gestaltet haben.

Abg. Bruck (Ztr.) begründet seinen Antrag. Der Redner spricht sich für ein Wehrrecht aus. Wenn dies doch nicht zu erreichen, so müsse wenigstens das Knappheitswesen reichhaltig, sich geregelt werden. In bezug auf es wegen des Knappheitsstatus zu einer Entwertung gekommen. Er hoffe aber auf eine baldige Verabreichung zwischen Werksbesitzern und Arbeitern.

Minister Deßbrück: Ich bin bereit, dem Antrage stattzugeben. Ich brauche ja selbst das Material, um das Knappheitsgesetz zur Durchführung zu bringen. In dieser Session wird es nicht möglich sein, vielleicht in der nächsten. Der Vertreter des Reichstags hat im Reichstage erklärt, er könne die reichsgesetzliche Regelung nicht in Aussicht stellen. Das ist im Einverständnis mit der preussischen Regierung geschehen. Das Knappheitswesen wird nur dann geordnet geregelt werden, wenn Werksbesitzer und Arbeiter mit Wohlwollen und fairem Mut an ihre Aufgabe herangehen. Dann wird auch eine einseitige Regelung über Preussens Grenzen hinaus erfolgen können, ohne daß ein Reichsgesetz erforderlich ist. Der Minister schließt die Entwicklung des Knappheitswesens und verteidigt die Bestimmungen des Knappheitsgesetzes. Die Schwierigkeiten sind nicht entronnen den Vor-

schlagen einer unverständigen Regierung oder den Beschüssen eines arbeitereindlichen Parlaments, sondern das Gesetz ist nur die Konsequenz von Zweckmäßigkeitsgründen. Der Minister geht auf den

Streit im Ruhrrevier

ein, der bedauerlich sei, und der im Grunde sich schließlich nur um 2 Pfennig Mehrbetrag dreht habe. Eine Verabreichung des sozialen Friedens sei nicht als Herren gegen den Interesse der Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren behandelt. Ich weiß nicht, was schließlich so aus, als ob die Arbeiter eine Kraftprobe machen wollen. (Hört hört!) Die Vertreter der Arbeiter im Ruhrrevier haben das allerdings feierlich bekräftigt. Ebenfalls bin ich der Ueberzeugung, daß es hierauf zu einem Kriege nicht kommen darf. Werde ich darum arbeiten, so werde ich gern vermitteln. Denn wir brauchen eine Verabreichung. (Beifall.)

Abg. Hilsk (ntl.): Auch den Werksbesitzern ist am Frieden gelegen. Es ist nicht ihre Schuld, wenn es in Westfalen zum Krieg gekommen ist. Sie haben nachgegeben, sonst sie nur konnten. (Der Redner legt die Akten des Streites im Ruhrrevier auf dem Tische des Hauses nieder.) Die Werksbesitzer haben die persönliche Haltung auch in Zukunft bewahren, daß sie wissen, daß Friede ernährt und Unruhe zerstört. (Beifall.)

Abg. v. Westhausen (konf.): Wir stimmen dem Antrag zu. Wir wünschen, daß die Cummen zusammengestellt werden, die den Arbeitern durch Ablehnung des Knappheitsgesetzes entgegen worden sind, damit die Arbeiterführer sehen, welche Verantwortung sie auf sich geladen haben. Eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens ist nicht angängig. Die christlichen Bergleute unterstützen mir gern, sie dürfen aber nicht mit sozialdemokratischen Forderungen kommen. (Beifall.)

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) tritt dafür ein, daß die Forderungen des Antrags möglichst bald erfüllt werden. Eine Verabreichung zwischen Arbeitern und Werksbesitzern im Ruhrrevier müßte mit allen Kräfte angestrebt werden.

Abg. Dr. Wagner (ntl.) spricht gleichfalls die Hoffnung auf baldige Regelung u. Verhältnisse im Ruhrrevier aus. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Antrag Z. ruft einstimmige Annahme.

Bei den „Schwarzen“ bekräftigt Abg. Lukenitz (ntl.) den Wasserbruch in Hohenlohe. Hoffentlich wird es möglich sein, die Saline zu erhalten.

Minister Deßbrück erwidert, daß die Regierung ihr Bestes getan habe. Es sei noch nicht abzusehen, ob die Saline auf die Dauer erhalten werden könne.

Abg. Kriege (ntl.) bittet, überflüssige Ziegeleien an der Saar durch den Fiskus nicht zu errichten.

Minister Deßbrück sagt Prüfung der Verhältnisse zu. Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den dauernden Ausgaben bemängelt Abg. Bruck (Ztr.) die Lohnpolitik der Privatindustrie.

Abg. Holz (Ztr.) begrüßt, daß den Arbeitern mehr Urlaub erteilt werde.

Abg. Dr. v. Caspary (ntl.) bittet um Abhilfe der Schäden, die der Landwirtschaft durch die Ueberflutung der Innerte zugefügt werden.

Abg. Horn (ntl.) weist gleichfalls auf die Schäden hin, die die Inzerte bei Goslar und Marienburg verursacht. Eine Regulierung dieses Flusses könne nicht mehr aufgeschoben werden.

Minister Deßbrück: Die Sache ist nicht so einfach, — erwidert. Die schuldigen Bedenker im Oberberg bestehen schon seit langen Jahren. Technisch ist alles getan, die Abflüsse zu reinigen. Wenn wir 1 1/2 Millionen Schaden ersparen sollten, kann man ihnen lieber die Werke zu. Ich werde aber prüfen, was zur Beseitigung der Mängel zu geschehen kann.

Abg. Dr. Heiß (Ztr.) bebauert, daß der Minister einen in Oberhausen gefundenen prähistorischen Kohn dem Deutschen Museum in München geschenkt habe. Weiter tritt er dafür ein, den Milchkonsum in Arbeiterkreisen zu heben.

Minister Deßbrück erklärt, er habe sich für berechtigt gehalten, das preussische Denkmäl auf dem Altar der deutschen Einheit zu opfern. Der Milchkonsum habe sich gehoben, dergleichen die Arbeiter Kaffee und Milch vorziehen.

Abg. Hilsk (ntl.) wünscht die Vereinfachung der steuerlichen Beaufichtigung der Kalkwerke und Beilegung der Denaturierung der mehr als 60000. Abraumstoffe.

Minister Deßbrück: Die Aufstufung ist Sache des Finanzministers. Betreffs der Denaturierung bringt ein Bundesrats-erlaß erhebliche Befragung.

Abg. Macco (ntl.) bemängelt es, daß die Bergarbeiter und die Geologische Bundesanstalt sich in einem unzureichenden Gebühre befinden. Er bebauert die Verwendung der Wänselsteine bei geologischen Versuchen.

Minister Deßbrück: Wenn ich Geld im Tergarten finden könnte, dann wäre die Zahlung der Anstalten längst erfolgt; die Geologische Anstalt hat nie die Wänselsteine empfangen.

Die bevorstehenden Ausgaben werden bewilligt, ebenso die außerordentlichen.

Als um 1/2 Uhr die Sitzung geschlossen wurde, waren nur noch ein Dutzend Abgeordnete im Saal.

Donnerstag 11 Uhr: Bauverwaltung.

Ausland.

Deutschlands Stellung in der Marokkofrage.

Die vom „Petit Parisien“ veröffentlichte Nachricht, daß die beiden Sultane von Marokko sich an Deutschland gewandt hätten, erregt in Paris einiges Aufsehen. Die Antwort Deutschlands habe dem genannten Blatte zufolge laut gelautet: „Wende Euch an Europa!“ und Deutschland habe die Antwort sofort der französischen Regierung übermitteln. Weit entfernt aber, die Haltung Deutschlands anzuerkennen, sagt man die Tatsache zu entsetzen oder zu verurteilen. Ein Blatt meint, die Volkstasche der Sultane seien eine Missetat in sich, ein anderes Blatt ist der Ansicht, Deutschland hätte den Vortagen nicht verweigert werden sollen. In allen Wäntern kehrt die Mitteilung wieder. A. H. u. A. V. i. s. habe, von einem Reporter befragt, sich beschoren, daß er nie und nimmer einen solchen oder ähnlichen Schritt unternommen habe.

Ein Jagdunfall des serbischen Kronprinzen.

Dem Kronprinzen von Serbien passierte am Mittwoch ein eigenartiger Jagdunfall. Er erprobte Dienstag nachmittag in Topchider ein Hinterladegewehr. Da es nicht gut funktionierte, schlug der Kronprinz das Gewehr, um die Gewehrläufe in normale Lage zu bringen, gegen einen Baum, wobei sich beide Patronen entzündeten. Durch den starken Rückstoß wurde der Kronprinz am rechten Ohr leicht verletzt. Er begab sich sofort nach Belgrad zurück, er konnte bereits gestern morgen den üblichen Spaziergang unternommen.

Die Vorgänge in Portugal.

Die Gerüchte von einem Anschlag auf den Kriegsminister sind nicht zutreffend. In Lissabon wird die Hoftrauer nur von der Hofgesellschaft beobachtet. In der Stadt sieht man nirgends Trauerzeichen oder eine schwarze Fahne.

Verständlichkeit des jungen Königs

verlautet dem „S. T.“ zufolge, er sei lebendigen Geistes, zeige jenseits sichern würdigen Sinne und Mut, und seine Bonoms zurückzuführen in seiner Umgebung. Dabei ist er von seltener Energie, offen und im Rat sehr behutend, er hat, so telegraphisch ein Korrespondent, alle Anlagen, die Pedro V. zu werden. Der offizielle Bericht der Ansprüche des Königs an die Minister steht eine andere nicht offizielle gegenüber, die natürlich klingen. Danach sagte er: Geiern war ich noch Schiffsarzt; heute bin ich König. Ich verehere mich nicht mit dem Regieren und habe niemals daran gedacht, König zu werden. Ich bitte Sie daher, meine Freunde zu sein und mir Ihren guten Rat zu geben.

Der Herzog von Porto,

ber nun Thronfolger ist, ist unermüdlich; er hat die Befestigung übernommen, inpiriert die Postwache und hat sich ganz der Königin-Mutter und dem König zur Verfügung gestellt, mit dem er allein isst. Das neue Kabinett soll folgende Pläne haben: Alle Dekrete Francos, welche die Freiheit der Presse beschränken und die Polizeigewalt ausdehnen, werden annulliert. Die politischen Verbrechen werden wieder von den gewöhnlichen Gerichten abgeurteilt, und die Unschuldigkeit des Parlaments wird wieder hergestellt. Auch die konstanten Dekrete, mit denen Francos, soweit sie nicht besondere Interessen im Spiele sind, widerrufen werden, alle von ihm eingesetzten Kommissionen entlassen werden. Der Wahltermin in der von Franco auf den 5. April bestimmte Wahl, der von Franco auf den 5. April bestimmt worden war, soll auf ein früheres Datum verlegt werden.

Abkündigung der Leiden

des Königs und des Kronprinzen meldet das „S. T.“: Die Schicksale ist schwarz auszufallen und mit Wappen und fernen Prunkstücken aus Kolonien geschmückt. Die Leide des Königs, in Admiralsuniform, liegt auf einer Bahre, da der Sarg noch nicht fertig ist. Die Leide des Kronprinzen, die durch die Wunden stark entkräftet ist, liegt mit der Uniform eines Wonenritmeisters angetan, in einem prächtigen Holzstark mit goldenen Schnitzereien. Ueber beide die die Nationalflagge gebreitet. Zu Füßen stehen die Helme, darunter ein einfaches Silberkreuz. Das später durch ein monumentales Kreuz ersetzt wird. Von der Decke hängt die Königin mit Innem Flor herab. Auf dem Chor der Kapelle sind zwei Galerien für die königliche Familie und das diplomatische Korps vorgesehen. Am Altar und an den Seiten des Chores stehen hohe Silberleuchter. Im Inneren der Schicksale herrscht feierliches Schweigen, das nur gelegentlich durch dumpfe Schläge unter den Gewölben der Kapelle unterbrochen wird. Am Palast werden fortgesetzt Messen gelesen. Alle Nichtkatholiken sind als drittes Echo findet. Beide Königinnen verkränkt, die Nacht bei den Leiden. Das spanische Volk „herab“ berichtet, daß der progressivste Dissident Lpu in aus Lissabon geflohen und am 20. Januar in Spanien eingetroffen ist. Manin erklärte die Ermordung des Königs und des Thronfolgers ist die

Rolle eines spontanen Ausbruches der Volkstun

ohne Intervention einer Partei; der Hauptkühnste sei Franco. Das Blatt „El Mundo“ berichtet aus Lissabon, trotz scheinbarer Ruhe gäre es überall. Man befürchtet, daß Armee und Marine sich an den Unruhen beteiligen werden. Die Republikaner erinnern daran, daß der jetzige Kabinettchef Ferrer eine gelegentlich einer Meuterei, die in jenem mit dem „Rasco da Gama“ und dem „Dom Carlos I.“ ausgebrochen war, sein Verbrechen, die Meuterei zu benachdigen, nicht abhalten habe. Die Regentin Amalie ließ den Angehörigen des von der Polizei erfohlenen unzufriedenen Denosta ihr Beileid ausdrücken. Die Hauswirtschaft der Minister Müller Grafen Rbeira eracht am Wahrheitshaftigkeit dafür, daß er bei einem erwarteten Lissaboner Aufstande seinen persönlichen Anhang mit Waffen auszurüsten haben würde, aber eine direkte Teilnahme an den Vorbereitungen zum Aufstande konnte bisher wenigstens dem Grafen nicht nachgewiesen werden. Die „Gauloismedung“, daß „Rbeira e Carlos das jüngste Schreiben an Dom Carlos, das die Regentin Amalie aus London nach Lissabon brachte, er nicht die Anwesenheit zu vorsticht enthielt, ist dahin zu erörtern, daß dem König von Portugal auch noch einem anderen, dem König von Neapel, wurde nach Anknüpfung der Krone, in Lissabon, deutsche Mente über den Bestand einer Reichswehr ausgingen. Tene andere Monarch nach gewisse Einzelheiten, wie, welche die Lissaboner Sozialisten zu ihrer großen Hebertätigkeit notwendig beihilft sind. Gleichwohl hatte der König für die Parung nur ein Aufsehen und weinerte sich mit aller Entschiedenheit, die Stunde seiner Wählung von Villa Regia zu bestimmen, daß die Ankunft in Lissabon erst um acht Uhr abends bei vollkommener Dunkelheit erfolgt wäre.

Prosch Stiesel.

Dem Wladimir des Staatsanwalts Generalleutnants Kurski entnehmen wir folgende Stellen: „Das ganze Land, die ganze Welt sieht die Anzeichen für Selten. Schöndorfer erklärte seinerzeit Stiesel, mit den Wägen von Fort Arthur hatte er die ganze Mandchurien-Armee auf; Fort Arthur wurde sein Grab sein. Alles leeres Wortschall. Die Konstitution erlosch unter erdrückenden Abwägungen; war schon eine Woche vorher von den Angestellten vorbereitet. Es war eine Schande und Schmach. Wenn die Angeklagten auch

keine Selten waren, so konnten sie wenigstens wie Selten sterben.“

Der Ankläger sprach mit vehementer Bredensamkeit und schloß sein Plädoyer mit den Worten: „No die russische Fahne weht, darf sie niemals verschwinden.“ Der Antrag auf Todesstrafe trat in gehobener Senation hervor. Die Reden der Verteidiger werden kaum eine Aenderung des Urteils bewirken. Jedoch ist es sicher, daß der Zar Gnade walten lassen wird.

Kleine Tagesnachrichten.

— Prinz Stefan, ein Sohn des Fürsten von Montenegro, liegt in Cannes im Sterben. — Zum russischen Handelsminister ist der frühere Finanzminister Schipow ernannt worden. — Die Oskobitsin und Rabotin wollen in der Duma den Minister des Äußeren Iswolski wegen der Rede des österreichischen Ministers Baron Uchrenthal interpellieren. — Der jetzige griechische Minister des Innern Kateropoulos übernimmt auch die Finanzen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 6. Februar.

Die Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten. ist in Sicht. Gestern lagen der Gemeindevorstand des Hauses der Abgeordneten zahlreiche Petitionen vor, die auf Beseitigung des Gemeindefiskusprivilegs der Beamten abzielen. Der Vertreter der Staatsregierung erklärte, eine Vorlage, die die gewünschte Aenderung enthalte, werde dem Hause demnächst zugewandt.

Das ist eine Nachricht, die allgemein, namentlich auch bei den beteiligten Beamten, Freude erwecken wird. Wie oft ist gerade auch in Halle von dem Teil der Bürgerschaft, der das Steuerprivilegium nicht geneigt, in öffentlichen Versammlungen der Vorwurf gegen die Beamten erhoben worden: „Ihr seid nur Bürger zweiter Klasse!“ Und wie ist regelmäßig von den Beamten erwidert worden: „Wir wollen gar kein Steuerprivilegium. Wir selbst erstreben die Aufhebung dieses Vorrechts. Natürlich nicht ohne ein Äquivalent.“

Den beiderseitigen Wünschen soll nun bald Gewähr werden. In welcher Weise die Regierung die Lösung vorzunehmen gedenkt, ist noch dahin. Für die Gemeinde wäre es natürlich ein großer Gewinn, eine gewaltige Erhöhung der Steuerkraft, falls nicht Kartellen zu Gunsten des Fiskus den Nutzen illusorisch machen.

Personalen der Ober-Postdirektion.

Angenommen als Telegraphenrath ist der hiesige Stach in Halle. Ernannt sind zu Postsekretären die Postsekretäre Lager, Gröbel und Täger in Halle und zu Postassistenten die Postassistenten Helmig in Naumburg (Saale), Seydow in Eisenburg, Harry Müller in Mieschen (Saale), Otto Richter in Tordern, Rast und Möbius in Halle. Berufen sind die Ober-Postassistenten Janisch nach Breslau und Bedenklich von Oppeln nach Halle als Postinspektoren, ferner die Ober-Postassistenten Fehler von Halberstadt, Benschler von Strahburg (Elbe) und Wiche von Worms nach Halle, der Ober-Postsekretär Ringelosen von Gangerhausen nach Halle, der Postsekretär Kadel von Neumünster als Ober-Postsekretär nach Gangerhausen, ferner die Postassistenten Theodor Gebide von Walsleben (Saale) nach Ohligs, Hartmann von Wittenberg nach Teichitz, Feiler von Halle nach Eisenburg, Kühnemann von Torgau nach Gröders und der Telegraphenassistent Klaus von Tordern nach Halle. Verlassen ist der Rang der Räte IV. Kl. dem Postdirektor Senghen in Gangerhausen.

Neue Fernsprechanstalt.

Mit dem Monat April beginnt der erste diesjährige Bauabschnitt der Erweiterungsarbeiten in den Ortsteilprägen des Ober-Postdirektionsbezirks Halle (Saale). Fernsprechanstalt, die bei diesen Erweiterungsarbeiten hergestellt werden sollen, sind die zum 1. März bei den kaiserlichen Postämtern des Bezirks — in Halle (Saale) jedoch bei dem kaiserlichen Telephonamt — anzuschließen. Die Bauarbeiten werden schon von diesem Sommer konfinität gehen werden. Die Erzielung solcher Annehmungen, die nach dem oben angegebenen Zeitpunkt eintreten, ist während des kommenden Bauabschnittes unter Umständen nur gegen Erhaltung der durch die verpächterte Anmeldeung erwachsenden Mehrkosten ausführbar.

Zwangsvollversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung wurde das hier, Brauwerkstraße 1, belagene, auf den Namen des Arbeiters Friedrich Gehla und dessen Ehefrau eingetragene Grundstück, mit einem Nutzungswerte von 492 M., öffentlich meistbietend versteigert. Erlebet ist die Witwe Koline Friederike Grigische geb. Winter, hier, mit 4250 M. Lorgebot. — Die Versteigerung des Grundstücks Pflanzershöhe 6, hier, ist eingestellt worden.

Der Malchiner-Technische Verein trat in das 15. Vereinsjahr ein.

Nach der Neuwahl liegt sich der Vorstand aus folgenden Herren zusammen: Ingenieur C. Anshütz, 1. Vorsitzender; W. Fuchs, 2. Vorsitzender; S. Richter, 1. Schriftführer und B. Rahn, Buchwart. In den Vorstand der Aufsichtverwaltung wurden die Herren D. Gähring und A. Frenkel gewählt. Als Obmann für die Stellenvermittlungs-Komitee für Maschinenbedienten des Deutschen Techniker-Vereins wurde Herr D. Schneider beauftragt. Versammlungen finden regelmäßig jeden Sonnabend im „Goldenen Schiffchen“, Wilsdorf, statt. Galt sind stets willkommen. Am letzten Sonnabend sprach Herr Ingenieur Joller über „Explosionsmotoren“. Der Redner führte eingehend die einzelnen Vorgänge und Wirkungsweisen der Maschinen; insbesondere erläuterte er, wie man aus den Diagrammen die inneren Vorgänge und etwaigen Fehler beobachten kann. Der Vortragende wies darauf hin, wie man aus fehlerhaften Diagrammen falsche Schlüsse ziehen kann und wie die Diagramme auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen sind. Nach dem Vortrage wurden noch einige Fragen aus der Vertikulation beantwortet. Die Versammlung wünschte eine Fortsetzung des Vortrages speziell über Behienung und Behandlung der Gasmotoren; sie soll in alternierender Zeit stattfinden.

Der Ornithologische Zentralverein für Sachsen und Thüringen.

Sitz Halle, besprach in seiner außerordentlichen Generalversammlung Verbandsangelegenheiten. Die Anwesenheit des Verbandes der Hüllgesellschaften in der Provinz Sachsen usw. findet in den Tagen vom 9.—11. November d. J. in Halle statt, der Verein hat sie vorbereiten und auszuführen. Zum Ausstellungsleiter wurde an Stelle des Herrn Rentner Hagler, der ablehnte, Herr Knoff gewählt.

Die Glauchitzer Schützengesellschaft wählte folgende Herren

in den Vorstand: Malchinerassistent H. Lindemann als Hauptmann, Zimmermeister Gleditschmidt als Schriftführer, Kaufmann Schaal als Kassierer, Wertmeister Wolf als Schützenmeister und Kaufmann Heine als Feldwart.

Deutsche Gesellschaft für Orientstudien.

Im Hotel Metropol fand hier unlängst eine Sitzung der Deutschen Gesellschaft für Ori-

entumt, Gruppe Sachsen-Thüringen, statt, die zahlreich, zum Teil aus Leipzig, Magdeburg und Erfurt besetzt war. Zur Beratung standen in der Hauptfrage innere Angelegenheiten der Gesellschaft, darunter schloß sich ein Vortrag des Herrn Gartenbauinspektors Nedertling über die Gartenanlagen der Stadt Halle, und nachmittags fand eine Besichtigung der Anlagen statt.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In der letzten Sitzung, am Donnerstag, demonstrierte Herr Prof. Gehharz Halle neue, besonders leicht beschriebene Mikromerentellen für Mikroskopometer. Sie bestehen an Stelle der bisher üblichen Strichskala aus einer fortlaufenden Reihe Diagonale, für gewisse Fälle rot und blau, die mit der einen auf dieser Seite berühren. Eine feinere Skala enthält ebenfalls Diagonale wie die alte Strichskala. Wie leicht einzusehen, gestattet sie dann doppelt so feine Ablesung als jene. Für maßlose, z. B. Durchmittgrößennmessungen, bewährt sich noch besser eine ganz andere Skala aus Quadraten von normal 100er Seitenlänge, die gut mit den im Gebrauch sonst angewendeten schmalen Diagonalen benutzbar ist. Bei ungefähren Objekten gewährt der Gebrauch der (rot) gefärbten gleichgestellten Skalen eine weitere große Erleichterung. Vorteilhaft ist auch, abgesehen von der viel geringeren Ermüdung des Sehens beim Gebrauch dieser Skalen, ihre leichte und sichere Herstellung durch den Darsteller. Die Mikrometer werden in der Zeitschrift „Optischen Werkstätte“ (Vena) regelmäßig gefertigt worden.

Vortragender demonstrierte ferner als nachträgliche Erläuterung zu seinem kürzlich über Placodermpanzen gehaltenen Vortrag eine ihm von Prof. Zaphel-Greifsmad überlieferte Reproduktion eines fossilen Silur-Cephalopoden von Phyllostes reproductus, der nach der Regentin-Präparationsmethode dieses Forschers in folgender Weise hergestellt wurde: Durch sorgfältige Beseitigung der dem versteinerten Organismus entsprechenden Masse wurde erst ein möglichst vollkommenes Gefäßnetzwerk hergestellt und darauf mit phosphorischer Kalklösung angefüllt. Eine solche positive Reproduktion zeigt die Details der Organismen, die vorher selbst im Gestein eingeschlossen waren, viel vollkommener, als die gewöhnlich sehr dünnen und unvollkommen herausgeschälten Reste es tun. Diese Arbeit können dann noch der mikroskopischen Untersuchung zugänglich gemacht werden.

Herr Prinsobent Dr. W. B. ist berichtigt über eine soeben erschienene Arbeit von Ruvot über die älteren Steinerne Menhiren aus der Gegend von Lüttich, deren Entdeckung im letzten Herbst mit Recht so großes Aufsehen erregte und deren Bedeutung der Vortragende schon damals im Verein kurz besprochen hat. Die vorgelegte Arbeit zeigt an der Hand von Abbildungen, daß diese uralten eolithischen Werkzeuge vollkommen mit den von den Tasmaniern noch im 19. Jahrhundert gebrauchten übereinstimmen. Danach ist eine sehr bis auf unsere Tage ersichtliche Kulturstufe von irgend welchen Vorfahren oder Verwandten des Menschen schon in einer Zeit erreicht worden, in der die großen Vulkane der Erde wie Alpen, Korakiden und Himalaja noch nicht bestanden, die Verteilung von Meer und Festland eine ganz andere war als heute, S. Nordostküste von Meer bedeckt war) und ganze große Tiergruppen wie beispielsweise Stigide, Antilopen, Ziegen, Schafe und Rinder noch nicht existierten.

Von Herrn Prof. Dr. M. H. wurde die Frage aufgeworfen, wie es kommt, daß Meismüller, Watten, die sich in Bettfedern halten und ähnliche Organismen, die sich von verhältnismäßig trockenen Stoffen ernähren, dennoch einen sehr massenhaften Vorkommen. Dieser Vorkommen wurde zum Teil als Oxydationsprodukt der aufgenommenen Nahrungstoffe (hauptsächlich Kohlenhydrate) erklärt.

Provinzial-Nachrichten.

Schantzkonfessionssteuer.

Kassel, 4. Febr. Der Magistrat beschloß, die Stadtverordnetenversammlung nochmals die Schantzkonfessionssteuer zur Annahme zu empfehlen und die veränderte Steuerordnung in der nächsten Sitzung zu unterbreiten. Die Stadtverordneten werden bestimmt am 21. November nach mehrfacher Erörterung die Einführung dieser Steuer zu vertragen beschließen, bis das Oberverwaltungsgericht über ihre Rechtsgültigkeit entschieden habe.

Meißen, 4. Febr. (Verbrüht.) Ein schmerzhaftes Verbrechen der Grube „Anna Antonie“, Dr. Max Carlson, im benachbarten Wilschitz. Er war bereits am frühen Morgen in der Mischerei tätig; da starker Nebel herrschte, trat er sehr und geriet mit einem Stein in den mit festem Mörtel gefüllten Behälter.

Wittenberg, 4. Febr. (Arbeitsmangel.) In der Holzmaren-Fabrikation ist Arbeitsmangel eingetreten, so daß verschiedene Fabriken die Arbeitszeit kürzen mußten.

Dessau, 4. Febr. (Verhaftung eines Diebes.) Der wegen Diebstahls von der Staatsanwaltschaft Dessau festgefesselt verurteilte Arbeiter Wilhelm Zuth aus Wilschitz, eine als professioneller Dieb bekannte, früher verurteilte Persönlichkeit, wurde heute vom Polizeibeamten hier auf der Dorfstraße erwischt und dem Gefängnis zugewiesen.

Leipzig, 4. Febr. (Ein Zuschuß von M. H.) In den „Reichen Wäldchen“ stellt sich ein Verbrechen gegen das Nachkommensgesetz dar. Ein hiesiger Fleischer wurde deswegen zu zehn Mark Strafe lebenslänglichlich verurteilt. Sein Einwand, er habe das Fleisch ausgelegt, um eine größere Einkunft des Fleisches zu erzielen, geht nicht.

Leipzig, 4. Febr. (Grauflücker Sturz.) Durch einen Defekt am Treibrad des Fördererkes wurde der Förderer Hermann Fischer in Altenburg aus dem Korbe und 200 Meter tief in den Schacht geschleudert. Er wurde völlig gerettet.

Dresden, 4. Febr. (Ein Ungeheuer des Wilschitz.) In der Wilschitz, lebte hier in recht heftigen Zustande, denn er ist nicht nur seit mehr als zehn Jahren durch Schüsse an den Brustkorb verkrüppelt, auch seine kranken Füße sind in traurigstem Zustande. Er ist nach dem Tode seiner Mutter auf die Dienstleistungen gefälliger Nachbarn angewiesen. Durch Reibung von Weizen mit Weizen aus Wilschitz sucht der Bedauernswerte sich zu ernähren.

Kunst und Wissenschaft.

Einen bisher unveröffentlichten Brief Goethes hat Frau Braune in einem Heftchen der „Alten Väterzeit“ zu Wilschitz aufgefunden und teilt ihn in der Februar-Ausgabe der „Sächsischen Monatshefte“ mit. Das Schreiben, an den Galeriedirektor

